

Natur und Umwelt Barbara Gehring über die Chancen einheimischer Energie

Unsere Zukunft ist erneuerbar

Erstaunlich! Auf einmal sind einige Politiker, die sich bis jetzt nie für den Natur- und Landschaftsschutz eingesetzt haben, «besorgt». So beim Stromgesetz, über das wir im Juni abstimmen werden. Eine kleine, unheilige Allianz will wichtige und dringend notwendige Weichenstellungen für eine sichere, kostengünstige und klimafreundliche Stromversorgung hintertreiben. Ihre Argumente sind teilweise falsch, irreführend oder sogar an den Haaren herbeigezogen.

Stark vom Ausland abhängig

Die grossen Natur- und Umweltorganisationen wie der WWF, Pro Natura, BirdLife Schweiz und die Stiftung für Landschaftsschutz stehen trotz einiger Abstriche klar hinter dem Stromgesetz. So auch wie die meisten Parteien: Gemeinsam setzen sie sich für ein Ja ein. Doch der Reihe nach: Unsere einheimische Energie reichte dieses Jahr genau bis zum 17. April. Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) hat das berechnet. Seither sind wir vollständig von Energie-Importen abhängig. Diese kosten uns rund 11 Milliarden Franken im Jahr. Die Schweiz ist bezüglich Energie also zu mehr als 70 Prozent vom Ausland abhängig. Versorgungssicherheit geht anders!

Sparpotenzial von 40 Prozent

Die SES hat gerade eine Studie zum Thema «Fehlansätze beim Energieverbrauch, Analyse der Bundesgesetzgebung» veröffentlicht. Diese fördert Bemerkenswertes zutage. Die zentrale Fragestellung der Untersuchung lautet: Wo bestehen aktuell Regulierungen, die zu einer Steigerung des Energieverbrauchs führen oder die Energieeffizienz behindern? Insgesamt wurden mehr als 100 Fehlansätze identifiziert – die nun hoffentlich angegangen werden. Bekanntlich hat die Schweiz gemäss Bundesamt für Energie ein Stromsparpotenzial von 30–40 Prozent – ohne Komfortverlust. Auch hier setzt das neue Stromgesetz an: Es geht gegen die Stromverschwendung vor und fördert Effizienzmassnahmen, welche notabene klar im Interesse von uns Konsumenten liegen. Das Stromgesetz fördert erneuerbare Energien – und damit auch den Ausstieg aus der Atomkraft und fossiler Energie wie Öl und Gas. Es ebnet den Weg für eine verstärkte heimische Energieproduktion und faire Preise.



BILD PIXABAY

Die Schweiz hat bei der Solarenergie grossen Nachholbedarf. Zwar stammen heute rund zehn Prozent des heimischen Stroms von der Sonne. Allein in den letzten zwei Jahren wurde durch den Solarausbau auf Schweizer Gebäuden die Produktion des AKW Mühleberg ersetzt. Doch der Zubau geht nur halb so schnell wie nötig. Das neue Stromgesetz ermöglicht eine schnellere Realisierung in erster Linie auf Dächern von Industriehallen, Parkplatzflächen oder Lärmschutzwänden. So können übrigens auch Konflikte mit dem Naturschutz minimiert werden.

Axpo fordert erneuerbare Energie

Sogar Axpo-Chef Christoph Brand forderte kürzlich in dieser Zeitung «den massiven Zubau von erneuerbaren Energien». Für den Bau neuer Atomkraftwerke seien weder Investoren in Sicht noch die Verfahren genügend schnell. Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen seien in den letzten Jahren viel günstiger geworden,

«Auf einmal sind einige Politiker, die sich bis jetzt nie für den Natur- und Landschaftsschutz eingesetzt haben, <besorgt>»

AKW hingegen nicht. Um neue Windenergieanlagen zu verhindern, wird meist die Beeinträchtigung der Vögel genannt. Die Universität Genf hat das untersucht («Tages-Anzeiger» vom 1. Februar 2024). Das Fazit: Fossile Energien sowie ihre Förderinfrastrukturen haben einen wesentlich stärkeren Einfluss auf die Vogelpopulationen als Windräder. Selten werde davon gesprochen, dass die Förderung von Öl und Gas direkte negative Auswirkungen auf die Vogelwelt hat. Ausgebildet werde zudem, dass der Klimawandel die grosse Bedrohung für Vögel und Ökosysteme sei. Würden Windenergieanlagen bekämpft, müsste mehr fossile Energie, d. h. Öl und Gas gefördert werden.

Im Ja-Komitee für das neue Stromgesetz machen unsere beiden Nationalräte Martina Munz und Thomas Hurter sowie Ständerat Simon Stocker mit. Ein weiterer Befürworter ist auch Ständerat Hannes Germann. Er werde sich «aber im Abstimmungskampf zurückhalten»,

liess er kürzlich im «Tages-Anzeiger» verlauten. Mutiger setzt sich dafür unser Energieminister Albert Rösti für die Sache ein. Wie auch immer: Bei so viel Einigkeit und Augenmass stehen die Zeichen erfreulich gut für ein Ja zum Stromgesetz am 9. Juni.

Barbara Gehring
ist Erwachsenenbildnerin
und Umweltfachfrau



Anzeige

Mit Sicherheit passend werben.

A1554817

Fahren Sie clever mit Ihrer Präsenz in der Beilage «slowUp Schaffhausen-Hegau».

Bis 8.5. Anzeige buchen unter e-anzeigen@shn.ch oder 052 633 32 77.

Die Schaffhauser Nachrichten sind ein...
 Einmal pro Woche...
 Kostenlos...

shn.ch